

den übrigen Erwerbslosen durch einen Umbau der Erwerbslosenversicherung in einer Reichsarbeitslosenfürsorge zusammenzuführen und gleichartig zu gestalten.

Diese Forderung erscheint uns gerade vom sachlichen Standpunkt und unter dem Gesichtswinkel des gerechten Ausgleichs zwischen den Steuern und Steuern eine vorbringliche Angelegenheit, die unbedingt durchgesetzt werden muß, soll es in den besonders hart betroffenen Teilen Deutschlands nicht zu finanziellen Zusammenbrüchen der öffentlichen Finanzen und zu Hungerrevolten kommen. Für diesen Standpunkt lassen sich zahlreiche Gründe anführen. Bekanntlich sind die Gemeinden genau so wie die Länder an dem Einkommen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer beteiligt. Ihr Beitrag ist aber seit 1927 im Durchschnitt um fast 50 Prozent gesunken. Das Reich hat sich durch die Arisensteuer, an der die Gemeinden nicht teilhaben, schadlos gehalten. Nun werden aber diejenigen Gemeinden, die die meisten Erwerbslosen haben, keine Arbeitergemeinden und Städte mit besonders konjunkturempfindlicher Industrie, durch das starke Sinken der Einkommensteuer auch bei der Ueberweisung am härtesten betroffen, obwohl gerade sie die größten Fürsorgekosten zu tragen haben. Das gleiche gilt natürlich von den Realsteuern, die in Gemeinden mit Prozentzahl großer Erwerbslosigkeit am höchsten sind. Der Reichsfinanzminister verliert seine Hände in Unschuld zu wahren, indem er erklärt, das Reich habe ja den Gemeinden zur Deckung ihrer höheren Ausgaben die Bier- und die Akzisesteuer gegeben. Er verzögert nur, daß bei der drückenden Not die Erwerbslosigkeit verheerende Schäden anrichtet, absolut hilflos. Gerade die Gemeinden, in denen die Erwerbslosigkeit am größten ist, gewinnen durch die Bier- und die Akzisesteuer am wenigsten, weil der Kreis der Leistungsfähigen

Steuerträger am kleinsten ist. Wir erinnern nur daran, daß in Sachsen die Wohlfahrtsunterstützten 185 Prozent des Reichsdurchschnitts betragen, während die Leistungsfähigen in Württemberg nur 26 Prozent ausmachen. Wir haben in unserer engeren Heimat also siebenmal soviel Unterstützte auf das Hundert der Bevölkerung als der glücklichere Süden. Dort vermögen Bier- und Akzisesteuer einen Ausgleich zu schaffen, in sächsischen Industriegemeinden, in denen manchmal die Hälfte und noch mehr der Erwerbsfähigen Bevölkerung leeren muß, sind diese Steuern graue Theorien geworden. Hier hilft nur eine einheitliche Reichsarbeitslosenfürsorge, an der Reich, Länder und Gemeinden entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt werden. Nur so können wir über den Winter auch in den besonders gefährdeten Teilen unseres Vaterlandes hinweg. Bei der Neuorganisation der Erwerbslosenfürsorge verdienen auch die weiteren Reformvorschläge der Gemeinden Beachtung. Sie geben von der Beobachtung aus, daß beim Übergang aus der Versicherung in die Arisenfürsorge sich zeigt, daß 20 bis 30 Prozent sich als nicht bedürftig herausstellen. Beim Übergang zur Wohlfahrtsfürsorge abermals ein Drittel. Daraus ist zu folgern, daß schon bei der Aufnahme in die Reichsversicherung eine Prüfung der Bedürftigkeit stattfinden sollte, um dadurch bei noch härterer Beanspruchung des Unterhaltungsbedarfs wenigstens die Unterhaltung der wirklich Bedürftigen zu sichern. Die Bedürftigkeit aber zu prüfen, wäre eine Aufgabe, die den Gemeinden bei einer einheitlichen Neuorganisation der Arbeitslosenfürsorge im ganzen Reich zufiele, weil sie, namentlich in kleineren, eine um so bessere Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse haben. Nur durch eine einheitliche Regelung der Erwerbslosenfrage für das ganze Reichsgebiet unter Wegnahme der Wohlhabenden von den Gemeinden, läßt sich die schwere Not namentlich unserer sächsischen Kommunen heilen.

Der Finanzgelehrtenwurf vor dem Unterhaus

London, 11. Sept. Ministerpräsident MacDonald beantragte heute vormittag vor vollbesetztem Hause die Annahme des Finanzgelehrtenurteils in zweiter Lesung. Er erklärte, seine Aufgabe sei heute nicht weniger unangenehm als gestern diejenige Snowden's. Die Krise sei bedenklich, es bliebe aber noch viel zu tun. Das Gleichgewicht des Haushalts allein könne die Ursachen der Ungewißheit nicht beseitigen. Die ganze Finanzlage müsse gesund sein. Er, MacDonald, würde solche Maßnahmen niemals vorgeschlagen haben, wenn es nicht eine nationale Notwendigkeit wäre. Der Ministerpräsident betonte dann, die Besetzung des Ministerrats, Vorordnungen zu erlassen, sei unumgänglich nötig, um der Lage Herr zu werden. Für den Augenblick sei das dringendste Problem gewesen, die Finanz- und die Arbeitslosenfrage so zu behandeln, daß jeder, der Geschäfte mit Großbritannien treibe, und besonders die Anleihererzeuger, davon überzeugt sei, Großbritannien besitze eine gesunde Finanzorganisation. MacDonald betonte, daß die fünfprozentigen automatischen Abschreibungen der Staatsbeamtengehälter unter den Lebenshaltungskostenplan schon von der letzten Regierung beschlossenen worden waren. Er verteidigte dann die Entabnung der Arbeitslosenunterstützung. Die erwartete, kam es besonders hier zu färschenden Protesten der Opposition. Nach dem Ministerpräsidenten beantragte der ehemalige Innenminister Lyones die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Durch königliche Verordnung sind der Gold und die Gelder im englischen Meer um durchschnittlich 11 v. H. herabgesetzt worden.

Der Notenumlauf der Bank von England

London, 11. Sept. Der Schatzkanzler hat die Ermächtigung der Bank von England, nichtgoldgedeckte Noten bis zu einer Höhe von 275 Millionen Pfund auszugeben, um weitere drei Wochen verlängert. Die Höchstgrenze der nichtgoldgedeckten Noten war am 1. August von 200 auf 275 Millionen teilweise erhöht worden.

Englands Lehrer protestieren gegen die geplante Gehaltsherabsetzung

London, 11. Sept. Ein Demonstrationszug von 5000 Schullehrern zog heute von dem Ufer der Themse nach der Kingswayhall, um gegen die geplante Gehaltsherabsetzung ihrer Gehälter zu protestieren. Die Präsidenten der Landeslehrervereinigungen, die die Versammlung arrangiert hatten, erklärten, daß infolge der Sparmaßnahmen 58 000 Lehrer Englands weniger als drei Pfund und 11 000 Lehrer weniger als zwei Pfund pro Woche verdienen würden.

Gandhi in Marseille gelandet

Paris, 11. Sept. Zum Empfang Gandhis, der heute an Bord des Dampfers „Mappulana“ in Marseille eintraf, waren keine offiziellen Persönlichkeiten, aber eine große Anzahl von Journalisten aus der ganzen Welt und viele Anhänger Gandhis aus Genf, Paris und London erschienen. Ein umfangreicher Sicherheitsdienst französischer Polizei verbundene ständige Kundgebungen, und von London eintraffene Volkselefanten nahmen sich sofort der persönlichen Sicherheit Gandhis an. Von der Brücke aus erwiderte Gandhi, das Hauptkapitel in Sandalen, die Grüns. Widerwärtig stellte er sich dem Kreuzfeuer der Fotografen und zog sich dann ohne Erklärungen vor dem Ansturm der Neugierigen in seine Kabine zurück. Da Gandhi den Wunsch hat, so schnell wie möglich nach London zu kommen, wird er bereits heute nachmittag mit dem Schnellzug nach Calais weiterfahren, ohne in Paris Station zu machen.

Hindenburg an den Deutschen Juristentag

Berlin, 11. Sept. Der in Vöckel versammelte Deutsche Juristentag hat an den Reichspräsidenten ein Aufbegrüßungstelegramm gerichtet. Der Reichspräsident hat wie folgt geantwortet: „Dem in Vöckel an gemeinsamer Arbeit versammelten Deutschen Juristentag danke ich herzlich für die freundlichen Grüße. Wenn ich das Gedächtnis der Deutschen Juristentages entgegen, einmütig an wirken für Recht und Gerechtigkeit. Ich erwidere Ihre Grüße mit besten Wünschen für Ihre Tagung.“ v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Vöckel, 11. Sept. Die Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Juristentages las heute zu dem durch die Rede des Präsidenten Dr. Wildhagen hervorgerufenen Zwischenfall folgenden Bericht: „Die zur Wahl der ständigen Deputation berulene Vertrauensmännerversammlung ist entfallen, an der politischen Neutralität des Deutschen Juristentages festzuhalten; sie blüht es, daß der Präsident des Deutschen Juristentages seine der Mitbestimmung angelegentlich Worte auf der ersten Plenarversammlung des Juristentages beifügt hat und nicht damit den Zwischenfall als erledigt an.“

Briands Lippenbekenntnis zur Abrüstung

Was wird Curtius antworten?

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 11. Sept. Wenn man weiß, wieviel Schweiß in den einzelnen Delegationen darauf verwandt wird, den Wortlaut der Völkervereinbarungen der eigenen Delegierten festzulegen, um nicht zu viel und nicht zu wenig zu sagen, um nicht zu versäumen und doch auch die eigenen Wünsche deutlich durchzudringen, so wird man diese Generaldebatte der Völkervereinbarungen wohl nicht uninteressant finden. Sie ist trotz allem für den aufmerksamen Beobachter eine fundierte politische Erkenntnis und eine Bereicherung seiner unmittelbaren politischen Anschauung.

Der Text der Briand-Rede

Ich mit leichten Korrekturen gegenüber dem gesprochenen Wort im Laufe des heutigen Vormittags schriftlich ausgegeben worden. Interessant ist die Tatsache, daß Briand sagt: „Ariste seien früher eine durchaus normale Sache gewesen, heute aber wegen des Kollaps ein Verbrechen“ so vorwärts zu werden ist, daß er deutscherseits nicht mehr als Argument für den Aristeidampfung zu benutzen ist. So paßt man in der französischen Delegation auf!

Im übrigen wird die Briandrede hier ganz überwiegend als schwerer Schlag gegen die Abrüstungskonferenz empfunden. Sein Lippenbekenntnis zum Konferenzgedanken und Konferenztermin hat nicht viel praktischen Wert, wenn man gleichzeitig das Konferenzschiff mit der Ueberfracht der Sicherheitfrage und vor allem des französischen Sanktionplanes belädt, von dem man weiß, daß er nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Angelsachsen und vermuthlich auch für Italien unannehmbar ist. Man erkennt wieder, wie weit wir und die Franzosen doch noch auseinander sind, und daß es nur einer der Punkte, auch Briand's Vorschlag, alle Staaten sollten die sogenannte Generalakte unterzeichnen, die jede Revision praktisch unterbinden würde, weil sie das papierne Recht der Friedendiplatie als für alle Zeiten geltendes Völkerrecht stabilisieren will, ist für uns und für Italien

Schwerer Schlag gegen die Abrüstungskonferenz

immerhin zeigt die Haltung der Völkervereinbarungen gegenüber Briand, daß Frankreich's Hände hier weniger leicht in den Himmel wachsen als etwa in der Europakommission.

In der die überseeischen Staaten fehlen. Aber auch manche Europäer finden hier den Mut, den sie in engeren europäischen Kreisen nicht zu zeigen wagen. Deshalb wollte ja auch Briand die einschüchternden europäischen Entscheidungen in dieses Europakomitee, das härter von Frankreich kontrolliert und beeinflusst werden kann, hineinerlegen. Man ist nun allgemein in ausländischen Kreisen hier auf die moralige Antwort des deutschen Außenministers sehr gespannt. Das darf in Deutschland nicht unterschätzt werden. Um so größer ist die Verantwortung nicht nur der deutschen Delegation hier, sondern auch des Reichskabinetts in Berlin.

Öffentlich wird Curtius rednerisch eindrucksvoller sein als im vergangenen Jahre.

und hoffentlich gibt er sich nicht dem Glauben hin, durch Bescheidenheit, unnatürlich gedämpften Ton und Velleitreten der Situation gerecht zu werden. Man kann im Völkervereinbarungen nahezu alles mit Wirkung sagen, wenn man es in der richtigen Art vorzubringen weiß. Wird Curtius Briand, der die Weltreise nur auf die industrielle und agrarische Ueberproduktion zurückführen wollte, deutlich sagen, was die wirklichen Ursachen der europäischen und der Weltnot sind und wen die Verantwortung dafür trifft, daß es nicht besser wird?

Frankreich wünscht ein Europa in Waffen

Scharfe Kritik der „Germania“ an Briand

Berlin, 11. Sept. Die „Germania“ nennt die Ausführungen Briand's in der Völkervereinbarungen „eine einschüchternde Rede“. Was der französische Außenminister über den Völkervereinbarungen gesagt habe, habe mehr nach Verteidigung, als nach positiven Erwartungen geklungen. Die Außenpolitik Frankreichs werde heute fast von Persönlichkeiten wie Cavalet, Flaudin und Francois Poncelet bestimmt. Das möge Briand bedenken haben und die Zurückhaltung erklären, die er sich bisher in Genf aneignet habe. Dennoch wäre es falsch, Briand's gegenwärtigen Einfluß zu unterschätzen. Es erwidere ebenso wichtig, was er sagt, wie was er verweigern habe.

Sein Wort über den Vorhinaus Briand's, der in den Ausführungen von Lord Cecil eine so große Rolle spielte, sein Wort von der Reparations- und Schuldenfrage, welche für alle Länder außerhalb Frankreichs das Kernproblem der gegenwärtigen Krise darstellt.

Während Europa aus den Augen geht, während man in Deutschland, England, Italien der Frage nachsinnt, wie man über den kommenden Winter hinwegzukommen, gerade Briand den letzten Versuch des Genfer Protokolls wieder an den man vor sieben Jahren glänzend begraben habe. Nichts gelernt und nichts vergessen. Die Ab-

stimmungsbildung werde durch Briand's neuen Vorstoß mit einer weiteren Sympothel belastet. Frankreich brauche ein Europa in Waffen, das bereit sei, für Frankreich's Interessen zu marschieren. Diese Forderung reihe sich würdig bei französischer Abrüstungsdenkschrift und den jüngsten Rieben Maginot's an.

Pariser Beifall für Briand

Paris, 11. Sept. Die Pariser Abendpresse hatte noch keine Gelegenheit, die Rede Briand's in Genf eingehend zu besprechen. Man begnügt sich daher mit einem kurzen Uebersicht. „Paris Soir“ erklärt, die Ausführungen Briand's würden dazu beitragen, der Genfer Tagung neues Leben zu geben und die schwüle Atmosphäre im Völkervereinbarungen bereinigen. Das Blatt unterstreicht den Vorbehalt Briand's bezüglich der Notwendigkeit weiterer Schritte. Die „Information“ schreibt, die Rede Briand's sei der Ausdruck eines aufrichtigen und unbegrenzten Vertrauens in den Völkervereinbarungen. Um dem Wunsch Briand's nach Vervollständigung des Kellogg'schen Paktes gerecht zu werden, müsse man die Klauseln des Protokolls von 1921 wieder aufleben lassen und den widerstreitenden Regierungen aufliegen. „Sauerwein“ schreibt im „Matin“, Briand habe in wenigen Worten die internationale Doktrin mit dem internationalen Weltverständnis. Er habe Dr. Curtius den Weg für seine Rede gezeigt, die nun die Bemühungen um eine allgemeine Verständigung vorzubereiten könne. Das „Journal“ meint, die Ausführungen Briand's enthielten eine formelle Bekräftigung der französischen Abrüstungstheorie, die bereits in der Denkschrift vom 15. Juli enthalten sei.

Völkervereinbarungen vor leeren Bänken

Genf, 11. Sept. Die Völkervereinbarungen bot heute nachmittag das Bild ziemlich großer Interesslosigkeit. Die Tribünen waren fast leer; die Plätze der Delegierten waren große Vöckel. Es gelang nur dem ersten Redner, dem spanischen Delegierten und Volkskammer in Washington, Maderiana, mit einigen geschwollenen Ausführungen über den Völkervereinbarungen die Aufmerksamkeit der erschienenen Zuhörer eine Weile auf sich zu lenken. Maderiana sprach sich in ziemlich positiver Weise für die Durchführung der Abrüstung aus und vertrat dabei Auffassungen, die sich zum großen Teil mit denen der deutschen Regierung decken, so z. B., wenn er verlangt, daß eine Beschränkung der Oberstufenarbeiten unbedingt von einer Herabsetzung der Effektivebestände des lagernden Materials begleitet werden müsse; von einer Einbeziehung der ausgebildeten Reservisten in das Abrüstungsprogramm sagte er allerdings nichts. — Im übrigen sprach er sich noch für eine Internationalisierung der Luftfahrt aus. Die beiden übrigen Redner, Collins (Australien) und Garay (Panama) sprachen vor völlig leeren Bänken. — Die allgemeine Aussprache wird voraussichtlich am Sonnabend zu Ende geführt werden.

Gläubigerversammlung der Devaheim-Sparer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. September. Vom Zentralausschuß der Inneren Mission wird folgende Erklärung verbreitet: Der Vorstand des Zentralausschusses der Inneren Mission hat davon Kenntnis genommen, daß die beiden Vertreter des deutschen, kirchlichen Ausschusses und des evang. Oberkirchenrats in Verwaltungen, bzw. Hauptausschuß des Zentralausschusses sich veranlaßt haben, aus dem Zentralausschuß auszuschließen. Der Vorstand würde es tief bedauern wenn durch die Pressenachrichten in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen würde, als ob zwischen Kirche und Innerer Mission tiefgreifende Gegensätze beständen. Der Zentralausschuß steht mit dem deutsch-evangelischen Kirchenausschuß nach wie vor in Verbindung und ist überzeugt, daß sowohl die Disziplin für die geschädigten Bauparater der Devaheim als auch eine etwaige lahngemäße Umgestaltung des Zentralausschusses in vollem Einklang mit der obersten Kirchenbehörde erfolgen wird.

In Berlin begann heute übrigens die Gläubiger-versammlung der Devaheim-Sparer, die einen sehr erregten Verlauf nahm. Nach dem Bericht des Konkursverwalters ist nur mit einer Quote von 3 Prozent für die Gläubiger zu rechnen. Die Aktien werden abzüglich der Kosten für das Konkursverfahren in Höhe von etwa 85 000 M. mit 148 000 M. schätzt. Ihnen stehen Forderungen in Höhe von 14,3 Millionen gegenüber.

Ohne Zwischenlandung nach Sol'o

Le Nouvel, 11. Sept. Zum direkten Flug nach Tokio ohne Zwischenlandungen fliegen heute früh zwei französische Maschinen auf. Die Flugstrecke beträgt über 10 000 Kilometer. Das Flugzeug „Mudrik II“, das um 6,12 Uhr startete, wird von den Piloten Le Briz und Doret, die von einem Mechaniker begleitet werden, ge-

fliegert. Ihr Apparat ist ein großer, silberfarbig gestrichelter Eindecker mit einer Motorenkraft von 630 PS. Die andere Maschine, die den in der Flugwelt bekannten Namen „Byragasien“ trägt, ist ein roter Doppeldecker.

Waldern (Niederrhein), 11. Sept. Am Freitagvormittag ist zwischen Alderf und Meusef ein der französischen Flugzeuge, die am heutigen Freitagmorgen in Paris zum Dauerflug nach Tokio gestartet waren, wegen Motorschadens notgelandet. Es handelt sich um das Flugzeug „Fragezeichen“. Das Flugzeug ist unbeschädigt. Die Piloten Gobos und Robida sind wohlbehalt. Sie hoffen, die Fahrt morgen fortsetzen zu können.

Altdorf, 11. Sept. Ueber dem Altdorfer Flugplatz ist heute nachmittag um 1/3 Uhr ein Flugzeug erschienen, das, ohne zu landen, in östlicher Richtung weitergefliegen ist. Nach Ansicht der Flughafenleitung kann es sich um das französische Flugzeug „Wanderlich II“ handeln.

Flugzeugzusammenstoß am Gardasee

Rom, 11. Sept. Beim Alpengrennen in Defensano am Gardasee stießen zwei Flugzeuge zusammen. Der Pilot des Alpengrenners Pellico wurde getötet und der Pilot des zweiten, Pellico, vor einigen Tagen bei einem Flug in geschlossener Flugbahn eine Geschwindigkeit von 575 Stundenkilometer erreicht haben.

Professor Schmidlin freigelassen

Paris, 11. Sept. Der Theologieprofessor Schmidlin ist von Männern, die vor einigen Tagen im Gefangnis auf Grund eines Urteils im Berliner Automobilenprozess verhaftet wurde, in provisorisch in Freiheit gesetzt worden und hat heute nachmittag um 10 Uhr das Gefangnis in Colmar verlassen.

Sonabend, 12. September 1931

Wir werden bei jeder Gelegenheit unsere Lesern auf dem laufenden halten.

Der Reichspräsident hat heute die Befehle erlassen, die die Ernennung von Staatsministern betreffen. Die Ernennung von Staatsministern ist eine wichtige Angelegenheit, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdient.

Die Ernennung von Staatsministern ist eine wichtige Angelegenheit, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdient.

Die Ernennung von Staatsministern ist eine wichtige Angelegenheit, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdient.